



Vernetzte Sicherheit – Perspektiven deutscher, europäischer und NATO Nachbarschaften mit der Mongolei

Ralph D. Thiele

Dezember 2011

Zusammenfassung

Partnerschaften sind wichtig im 21. Jahrhundert. Im Vergleich zu früher wird Sicherheit heute allerdings wesentlich weniger geographisch definiert. Die eigene Sicherheit ist untrennbar mit regionalen und sogar globalen Entwicklungen verbunden. Die zunehmende internationale Verflechtung auf allen Gebieten hat zur Folge, dass die Abhängigkeiten von Staaten untereinander wachsen. Ressort- und länderübergreifendes Handeln wird erforderlich. Das Zusammenwirken militärischer und nichtmilitärischer Kräfte und Organisationen im Rahmen des Krisenmanagements sowie der Krisenprävention ist Gegenstand der *Vernetzten Sicherheit*.

Vernetzte Sicherheit baut auf Freunde, Partner und gute Nachbarn. Außen- und sicherheitspolitische Erfolge hängen künftig von der Fähigkeit zur Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente untereinander und mit vielfältigen, auch internationalen Partnern ab. *Comprehensive Approach* ist die englische Begrifflichkeit der *Vernetzten Sicherheit* – ein ganzheitlicher Ansatz aus Prävention und Stabilitätsvorsorge, Kampf und Wiederaufbau, wirtschaftlichem Engagement und Diplomatie, wie er sich bei den Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan bewährt hat.

Die Beziehungen zwischen der Mongolei und Deutschland sind auf exzellentem Kurs. Sie erstrecken sich auf den militärischen Bereich, weit darüber hinaus aber auch auf Politik und Wirtschaft, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch. Auch in multinationalen Gremien funktioniert die Kooperation. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Mongolei in der Europäischen Union. Das Handelsvolumen wächst schnell und hat noch erhebliches Wachstumspotenzial. Schließlich ist Deutschland Vize-Exportweltmeister und die Mongolei eines der rohstoffreichsten Länder der Erde.

Die Mongolei und die Europäische Union wollen die gegenseitigen Beziehungen ausbauen. Diesem Zweck dient das Partnerschafts- und Kooperationsrahmenabkommen, das am 20. Dezember 2010 in Ulaanbatar von beiden Seiten paraphiert wurde. Es ist Grundlage für ein künftig noch effektiveres Engagement der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in der Mongolei in den Bereichen Entwicklung, Handel und Investitionen, Justiz, Freiheit und Sicherheit. Aus Sicht der Europäischen Union bedeutet dieses Abkommen zugleich einen wichtigen Schritt zu einem stärkeren politischen und wirtschaftlichen Engagement Europas in Ostasien.

Die neue NATO Strategie nennt *kooperative Sicherheit* als eine Kernaufgabe des Bündnisses und will Euro-Atlantische Sicherheit durch ein globales Netzwerk von Partnerschaften und Organisationen fördern. NATO-Generalsekretär Rasmussen will hierzu ein globales, übergreifendes Partnerschaftsforum schaffen. Er nennt es ein *Drehkreuz*, an dem Länder und Organisationen ähnlich wie die Speichen an einer Radnabe andocken können, um bei Bedarf gemeinsam zu handeln.

Voraussetzung für gemeinsames Handeln ist die inhaltliche, konzeptionelle und nicht zuletzt auch die technische Ausgestaltung der Zusammenarbeit. Partner, die nur abgesondert bzw. grob koordiniert mitwirken können sind in den komplexen und dynamischen Einsatzszenarien modernen Krisenmanagements von geringem



Nutzen. Der Trend multinationaler Einsätze geht vielmehr in Richtung enger Kooperation und sogar nahtloser Integration.

Bereitschaft und Fähigkeit zum Wandel werden den Ausschlag dafür geben, ob Staaten wie die Mongolei und Deutschland, ob Staatengemeinschaften und Bündnisse wie die Europäische Union und die NATO auf die sich verändernden Herausforderungen im gesamten Sicherheitsverbund nachhaltige Antworten finden. Dies erfordert Zusammenarbeit – undogmatisch und grenzüberschreitend, interkulturell, zwischenbehördlich und interdisziplinär. Es erfordert nicht unbedingt viel Geld, aber dafür dessen fokussierten Einsatz einschließlich moderner Technologien, Prozesse und Verfahren, vor allem jedoch den Mut zu neuem Denken.

Als eine große und wohlhabende Exportnation sieht sich Deutschland in einer besondere internationalen Verantwortung, die sich nicht immer auf Diplomatie, Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Verflechtung begrenzen kann und darf, sondern – wenn erforderlich – bereit und fähig ist, gemeinsam mit Freunden und Partnern zu handeln. Es wäre ein Gewinn für Deutschland und Europa, für Asien und die Welt, wenn die Mongolei mit zunehmendem Wohlstand und aus einer vergleichbaren Bewertung ein Verantwortungsnachbar für Deutschland und Europa, für Asien und die Welt sein könnte und wollte.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Oberst i.G. Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Bonn.



Ralph D. Thiele



Analyse

1. Vernetzung von Sicherheit

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich das strategische Sicherheitsumfeld enorm verändert. Es stellt immer neue und wachsende Anforderungen an Politik und Sicherheitskräfte. Zwei entscheidende Meilensteine für Deutschland sind eng mit diesen Entwicklungen verbunden: Die Überwindung der deutschen Teilung und das Ende des Kalten Krieges. Auch die terroristischen Anschläge von New York, Madrid und London haben in der deutschen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen und schlaglichtartig die Verwundbarkeit freier Gesellschaften aufgezeigt.

Bezeichnenderweise verbinden diese Meilensteine trotz der enormen geografischen Distanz die Mongolei und Deutschland. Mit der deutschen Vereinigung übernahm die Bundesrepublik Deutschland die zahlreichen Entwicklungsprojekte der DDR in der Mongolei und die Betreuung von Hunderten mongolischer Stipendiaten in den neuen deutschen Bundesländern. Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte der Mongolei den Beginn zu einem beeindruckenden Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie. Seitdem hat sich die Demokratie in der Mongolei lebendig und stabil gezeigt. Die Drittnachbar- Politik der Mongolei hat sich als ein valides begleitendes Konzept bewährt. Eingerahmt von Russland und China hat sie über verschiedene Administrationen hinweg konsequent und erfolgreich Partnerschaften mit Drittnachbarn entwickelt, darunter Kanada und die USA, die Europäische Union und Indien, Japan und Südkorea sowie andere mehr.

Dieser partnerschaftsorientierte Ansatz ist außerordentlich relevant im 21. Jahrhundert; denn im Vergleich zu früher wird Sicherheit heute wesentlich weniger geographisch definiert. Die eigene Sicherheit ist untrennbar mit regionalen und sogar globalen politischen Entwicklungen verbunden. Auch entfernte Krisen und Konflikte können das eigene Land existenziell bedrohen. Sie können kurzfristig und unvorhergesehen auftreten und ein schnelles Handeln auch über große Distanzen erforderlich machen. Die zunehmende internationale Verflechtung auf allen Gebieten hat zur Folge, dass die Abhängigkeiten von Staaten untereinander wachsen. Sie bildet eine offene Flanke gegenüber möglichen Verwundbarkeiten und Bedrohungen. Keiner und nichts ist komplett isoliert.

Zu den Folgen der Globalisierung zählen Machtverschiebungen zwischen Staaten und Staatengruppen. So hat beispielsweise der wirtschaftliche Aufstieg Chinas die weltweiten Gleichgewichte verändert, selbstverständlich auch das regionale Gleichgewicht in Asien. Dennoch, Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, ebenso durch Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik. Mit dem beschleunigten Austausch von Waren und Dienstleistungen auf globalen Märkten und durch den weltweiten Personenverkehr wächst die Gefahr der Verbreitung von gefährlichen Stoffen, Epidemien und Seuchen.

Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für praktisch jeden Staat von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden



weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Bereits Zugangsbeschränkungen können Konflikt auslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb spielen Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen in Sicherheitskonzepten eine zunehmend zentrale Rolle. Das rückt die Mongolei als eines der rohstoffreichsten Länder der Welt zwangsläufig in den Fokus globaler Sicherheits- und Prosperitätsinteressen.

Die Wechselwirkungen der angeführten Entwicklungen und Risiken, Verwundbarkeiten und Bedrohungen kann kein einzelner Akteur – sei es ein Staat, ein Ministerium oder eine Sicherheitsbehörde – übersehen oder gar steuern. Sie erfordern ressort- und länderübergreifendes Handeln. Jeder Akteur für sich wäre mit der Bewältigung dieser Risiken und Verwundbarkeiten, ihrer Ursachen und ihrer Folgen überfordert. Dadurch verschiebt sich die gesamte Betrachtungsweise von den einzelnen Ressorts zu einem zwingend erforderlichen ganzheitlichen Ansatz. Diese Überlegungen gelten vergleichbar im internationalen Kontext. Längst sind die Staaten nicht mehr die alleinigen und ausschlaggebenden Akteure im internationalen System. Sie sind nicht mehr in der Lage, ihre Politik alleine um- und durchzusetzen. Sie sind voneinander sowohl räumlich, institutionell als auch funktional abhängig – Regierungen, Wirtschaften und Gesellschaften gleichermaßen.

Die Vernetzung von Sicherheit zielt deshalb auf ein kohärentes Denken und Handeln im Politikfeld Sicherheit. Die enge Einbindung und kontinuierliche Abstimmung mit allen relevanten Akteuren zur Einhegung der genannten Risiken ist Voraussetzung, um die Kohärenz und Handlungsfähigkeit einzelner Staaten wie auch der Staatengemeinschaft insgesamt zu verbessern. Dabei geht es insbesondere um erweiterten Handlungsspielraum. Die sicherheitsrelevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure stimmen ihre Ziele, Prozesse, Strukturen und Fähigkeiten bewusst aufeinander ab, verknüpfen sie systematisch und integrieren sie in ihr langfristiges Handeln. Vernetzung sichert durch Bündelung von Wissen und durch gemeinsame Verarbeitung von Erfahrungen die breite Nutzung von Transferwissen über Schnittstellen hinweg.

Das Zusammenwirken militärischer und nichtmilitärischer Kräfte und Organisationen im Rahmen des Krisenmanagements, aber auch der Krisenprävention wird derzeit in ganz unterschiedlichen nationalen und internationalen Organisationen und Gremien konzeptionell erfasst - darunter in Deutschland, in der Europäischen Union und im Nordatlantischen Bündnis. Dieses Zusammenwirken ist Gegenstand der sogenannten *Vernetzten Sicherheit*.

In Deutschland wurde *Vernetzte Sicherheit* als Schlüsselbegriff künftiger Sicherheitspolitik erstmals im Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr verankert und basiert auf der Einsicht, dass Sicherheit neu gedacht und neu konzipiert werden muss – jenseits der klassischen Unterscheidungen zwischen

- Krieg und Frieden,
- innerer und äußerer Sicherheit,
- nationaler und internationaler Sicherheitspolitik,
- staatlicher/hoheitlicher und nichtstaatlicher/privater Sicherheitsvorsorge,



- ziviler und militärischer Sicherheitsvorsorge sowie
- nach Ressorts getrennten Operationsführungen.

Vernetzte Sicherheit verfolgt einen ganzheitlichen, ressortübergreifenden und multilateral angelegten Ansatz, der im Rahmen einer nachhaltigen Gesamtstrategie staatliche und nichtstaatliche Instrumente zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge wirksam integrieren soll. Dies ist schon allein mit Blick auf die zahlreichen Schnittstellen zwischen den beteiligten Akteuren erforderlich. Ein abgestimmtes, nationales wie auch internationales sicherheitspolitisches Instrumentarium muss eine angemessene Reaktionsfähigkeit sowie die Wahrung von Sicherheit durch Stabilität sicherstellen. Es darf daher nicht ausschließlich auf militärische Bedingungen fokussieren, sondern muss auch gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Gegebenheiten berücksichtigen.

Vernetzte Sicherheit basiert in ihrer praktischen Umsetzung auf der systemtheoretisch angelegten Analyse aller Zusammenhänge zwischen Akteuren und Interaktionen innerhalb eines Gesamtsystems. In diesem Rahmen erfolgt die praktische Integration politischer und militärischer, entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Dienste einer multinational und ressortübergreifend angelegten *Grand Strategy*. Diese zielt über dessen politisch-militärisch-soziale Strukturen primär auf das Verhalten des Widersachers. Entsprechend steht nicht das Handeln im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern vielmehr die zu erzielende Wirkung.

Die Aufgaben für zivile und militärische Sicherheitskräfte ändern sich mit den veränderten Rahmenbedingungen. Stabilisierungseinsätze im Ausland in nur partiell militärisch befriedetem Gebiet sind längst Einsatzrealität. Internationalen Friedenskontingenten stehen verdeckt kämpfende nationale Widerstandsgruppen und internationale Terrorgruppen gegenüber, die u. U. von an Destabilisierung interessierten Nationalstaaten unterstützt werden. Die Fähigkeiten polizeilicher Stabilisierungskräfte sind eng mit militärischen Fähigkeiten zu orchestrieren, damit es keine offenen Nahtstellen zwischen den Aufgabenbereichen gibt. Abstimmung und Synergie ist auch erforderlich im Zusammenhang mit dem Aufbau von Sicherheitsbehörden, Justiz, Entwicklungshilfe, Wirtschaftsförderung, Korruptionsbekämpfung u. a. m.

In der NATO hat das übergreifende Konzept der *Vernetzten Sicherheit* das Bündnis wesentlich verändert. *NATO 3.0* nennt NATO Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen deshalb die Neuausrichtung der transatlantischen Allianz. *Comprehensive Approach* ist die englische Begrifflichkeit der *Vernetzten Sicherheit* – ein ganzheitlicher Ansatz aus Prävention und Stabilitätsvorsorge, Kampf und Wiederaufbau, wirtschaftlichem Engagement und Diplomatie, wie er sich bei den Einsätzen in auf dem Balkan und Afghanistan – beispielsweise im Rahmen des *Provincial Reconstruction Team*-Konzeptes – bewährt hat. Außen- und sicherheitspolitische Erfolge hängen danach künftig entscheidend von der Fähigkeit zur Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente untereinander und mit vielfältigen, auch internationalen Partnern wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union ab. Genau darauf setzt auch die neue NATO Strategie, die von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf ihrem Gipfel in Lissabon am 19./20. November 2010 verabschiedet wurde.

Auch die Europäische Union folgt mit der Weiterentwicklung ihrer Sicherheitsstrategie diesem Kurs, zumal sie



insbesondere in den *Soft Power* Elementen ihre Stärken sieht. Implizit wird auf diesem Weg das Gewicht Europas in der transatlantischen Allianz verstärkt, denn es werden vermehrt zivile Beiträge gebraucht, die nur die Europäische Union beisteuern kann. Ein Zusammenrücken von NATO und EU wird absehbar.

2. Geschätzte Nachbarn

Vernetzte Sicherheit baut auf Partnerschaften. Dies gilt gleichermaßen für Deutschland, die Europäische Union und das Nordatlantische Bündnis.

a. Deutschland

Wer seine Bürgerinnen und Bürger gegen die Risiken der Informations- und Wissensgesellschaft multidimensional und vernetzt schützen will, darf sich nicht auf den Schutz der Landesgrenzen beschränken. Bei den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 18. Mai 2011, quasi dem Pflichtenheft der neu auszurichtenden Bundeswehr, lässt sich Minister de Maizière von zwei Fragen leiten:

- Was wollen wir können? - gemeint ist der sicherheitspolitische Auftrag.
- Was können wir wollen? - gemeint ist die Frage der Fähigkeiten, die zur Umsetzung notwendig sind. An erster Stelle soll künftig die *Landesverteidigung als Bündnisverteidigung* stehen, gefolgt von der Verhütung internationaler Konflikte und der Gewährung aktiver Krisenhilfe sowie der Beteiligung an bewaffneten Einsätzen unter dem Dach der Europäischen Union.

Als „Rückgrat für die Sicherheit und den Schutz Deutschlands und seiner Bürger“ sind die deutschen Streitkräfte „ein unentbehrliches Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes“. So legen es die Verteidigungspolitischen Richtlinien fest und unterstreichen: „Streitkräfte folgen in ihrem Selbstverständnis, ihrer Struktur, ihrem Umfang, ihren Fähigkeiten und ihrer Ausrüstung den sich wandelnden Zielen und Interessen der Sicherheitspolitik.“ Als „ineinandergreifende Aufgaben“ weisen sie der Bundeswehr ein breites Aufgabenspektrum zu:

- Landesverteidigung als Bündnisverteidigung
- Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung
- Beteiligung an militärischen Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU
- Beiträge zum Heimatschutz
- Rettung und Evakuierung sowie Geiselnbefreiung im Ausland
- Partnerschaft und Kooperation als Teil einer multinationalen Integration und globalen Sicherheitszusammenarbeit

Für diese Aufgaben muss sich die Bundeswehr neu aufstellen. Gemäß der Verteidigungspolitischen Richtlinien versteht sich Deutschland als ein souveräner, starker und verlässlicher Partner im Bündnis, in Europa und in der Welt. Durch den vernetzten Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln will es auch künftig seine Stabilitätsbeiträge erbringen. Mit dem Konzept der *Vernetzten Sicherheit* setzt die Bundeswehr konsequent auf einen ressortgemeinsamen Einsatz.



Wer wirksam zur internationalen Sicherheit beitragen will, kann dies nur, wenn die Instrumente richtig aufgestellt sind und ineinandergreifen. Staaten müssen deshalb neue Antworten finden, denn nicht nur die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich erheblich verändert, sondern auch die technischen Möglichkeiten sowohl für den Angriff als auch für dessen Abwehr. Die veränderte Qualität der Herausforderungen erfordert die orchestrierte Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Akteure. In einem ganzheitlichen und ressortübergreifenden Ansatz sollen die angemessenen Fähigkeiten entstehen, die Bevölkerungen nachhaltig schützen können. Die Gestaltungsprinzipien für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr lauten entsprechend:

- Humanitäre Hilfe im Ausland
- Einheitliches Kräftedispositiv
- Breites Fähigkeitsspektrum
- Differenziertes Durchhaltevermögen bei gleichzeitiger schneller Reaktionsfähigkeit
- Multinationalität

Für die Bundeswehr zählt der Einsatz in Afghanistan zu den anspruchsvollsten Herausforderungen seit ihrer Gründung. *Vernetzte Sicherheit* wird hier über Provincial Reconstruction Teams – sogenannte PRTs – operationalisiert. Zu deren Kernaufgaben gehört es, den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen und die Sicherheit in der Region zusammen mit afghanischen Sicherheitskräften zu gewährleisten. Dem entsprechend wird seit dem Sommer 2004 im Rahmen der International Security Assistance Force ISAF in Faizabad ein PRT durch die Bundeswehr betrieben. In enger Zusammenarbeit von Auswärtigem Amt, der Polizei und Nichtregierungsorganisationen wird eine breite Unterstützung der zuständigen Provinzregierung erreicht. So sichern die Deutschen beispielsweise die Ausbildung der afghanischen Polizisten durch deutsche Beamte ab.

Für die Sicherheit des Feldlagers in Faizabad sorgen die deutschen Soldaten gemeinsam mit mongolischen Kameraden – mongolische Soldaten arbeiten in der Sicherung am Tor des Lagers oder stehen auf einem Wachturm Posten. Die mongolische Armee wird ihr Kontingent im deutschen Feldlager Faizabad in Kürze mit Infanteristen, Scharfschützen und Sanitätern aufstocken und sich dann auch an Patrouillen beteiligen. Bereits seit Dezember 2009 ist die Mongolei als 45. Nation am internationalen Militäreinsatz in Afghanistan beteiligt. Seitdem leisten deutsche und mongolische Soldaten ihren Dienst in Afghanistan Seite an Seite. Gemeinsam sichern sie das Lager in Faizabad. Gemeinsam verbringen sie ihre Freizeit. Gemeinsam lernen sie an besonderen Informationstagen über ihre gegenseitige Kultur und Geschichte.

Etlliche der mongolischen Soldaten sprechen fließend die deutsche Sprache. Sie genießen bei ihren deutschen Kameraden außerordentlichen Respekt, übrigens auch beim deutschen Verteidigungsminister de Maizière. Deshalb besuchte der Minister bei seinem ersten Besuch in Afghanistan nicht nur die Deutschen. Er ließ sich ganz selbstverständlich auch von den mongolischen Soldaten, die das PRT Faizabad bewachen, in die Lage einweisen und machte dabei deutlich, wie wichtig ihm dieser Beitrag für eine erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen vor Ort ist.

Die Wertschätzung beruht im Übrigen auf Gegenseitigkeit. Dies konnte bereits Minister de Maizière's Vorgänger im Amt zu Guttenberg erfahren, als er am 3. und 4. November 2010 die Mongolei mit einer Delegation besuchte. In seinen Gesprächen mit den höchsten Repräsentanten des Landes kam immer wieder zum Ausdruck, dass Deutschland für die Mongolei einer der wichtigsten *Drittnachbarn* ist. Die etwa 30 000



Deutsch sprechenden Mongolen sind für die Zukunft der deutsch-mongolischen Zusammenarbeit daher ein immens wichtiges Kapital.

Die umfassenden partnerschaftlichen Beziehungen der beiden Länder erstrecken sich weit über den militärischen Bereich hinaus auf Politik und Wirtschaft, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sowie auf den kulturellen Austausch. Auch in multinationalen Gremien funktioniert die Kooperation. So stimmen sich beide Länder innerhalb der Vereinten Nationen in vielen Fragen eng miteinander ab. Darüber hinaus gehört die Mongolei zu den Mitgliedsstaaten des Asia Europe Meeting – ASEM.

Mit Blick auf Europa ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Mongolei in der Europäischen Union. Das Handelsvolumen wächst schnell. Allerdings sind die rund 100 Mio. EUR in 2010 derzeit noch weit unter dem Potential, das man im Handel des Vize-Exportweltmeisters Deutschland mit der Mongolei – einem der rohstoffreichsten Länder der Erde – erwarten kann. Immerhin wird deutlich, welche exzellente Voraussetzungen für eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit bestehen. Der Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der Mongolei im Oktober 2011 war hierfür hilfreich. Es war der erste Besuch eines deutschen Regierungschefs seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1974.

b. Europäische Union

Mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik will die Europäische Union die internationale Sicherheit fördern. Sie setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und für die Achtung der Menschenrechte ein. Die Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 hat entsprechende Leitlinien für die Europäische Union formuliert. Deren Inhalte wurden im Rahmen einer Überprüfung durch den Europäischen Rat im Dezember 2008 bekräftigt. Danach verfolgt Europa drei strategische Ziele:

- *Abwehr von Bedrohungen*

Bis zum Ende des Kalten Krieges bedeutete Verteidigung für die Europäische Union, die Fähigkeit zur Abwehr einer Invasion. Verteidigung begann an den Landesgrenzen der Mitgliedstaaten. Bei den neuen Bedrohungen liegt die erste Verteidigungslinie dagegen oftmals fernab der eigenen Landesgrenzen. Die neuen Bedrohungen sind von globaler Reichweite, außerordentlich dynamisch und komplex. Ihnen muss möglichst früh vorgebeugt werden. Jede dieser Bedrohungen erfordert eine Kombination von Instrumenten. So ist beispielsweise zur Bekämpfung des Terrorismus eine Kombination aus Aufklärungsarbeit sowie polizeilichen, rechtlichen, militärischen und sonstigen Mitteln zweckmäßig. In gescheiterten Staaten können militärische Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung und humanitäre Mittel zur Bewältigung der Notsituation erforderlich sein. Regionale Konflikte bedürfen in aller Regel politischer Lösungen. Nach Beilegung eines Konflikts können aber auch militärische Mittel und eine wirksame Polizeiarbeit vonnöten sein. Wirtschaftliche Instrumente dienen dem Wiederaufbau, und ziviles Krisenmanagement trägt zum Wiederaufbau einer zivilen Regierung bei.

- *Stärkung der Sicherheit in der Nachbarschaft der Europäischen Union*

Es liegt im europäischen Interesse, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. Für die Union ist wichtig, dass Nachbarländer nicht in gewaltsame Konflikte verstrickt sind, dass dort keine organisierte Kriminalität gedeiht, zerrüttete Gesellschaften oder explosionsartig wachsende Bevölkerungen entstehen, weil die Staaten zu schwach sind.



- *Eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus*

In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängen die Sicherheit und der Wohlstand von Staaten immer mehr von einem wirksamen multilateralen System ab. Deshalb will Europa funktionierende internationale Institutionen und eine geregelte Weltordnung. Dem entsprechend unterstützt Europa die Stärkung der Vereinten Nationen und ihre Ausstattung mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben und für ein effizientes Handeln erforderlichen Mitteln. Die transatlantischen Beziehungen sind in diesem Verständnis tragende Elementen des internationalen Systems. Regionale Organisationen stärken die verantwortungsvolle Staatsführung weltweit, darunter die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Europarat. Aber auch regionale Organisationen und Foren wie ASEAN¹ und ASEM, MERCOSUR² und die Afrikanische Union können und sollen wichtige Beiträge zu einer besseren Weltordnung leisten.

Die *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* der Europäischen Union ist ein integraler Bestandteil der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*. Ihre "Geburtsstunde" schlug beim Europäischen Rat in Köln im Juni 1999. Die bereits bestehenden Instrumente wurden um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergänzt und die Europäische Union so in die Lage versetzt, Konfliktlösung und Friedenssicherung auch mit Maßnahmen des militärischen Krisenmanagements zu betreiben und notfalls durchsetzen zu können. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, die mit den Instrumenten der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten der Union über die gesamte Bandbreite des für Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisennachsorge notwendigen Instrumentariums verfügt. Hierzu zählen im militärischen wie im zivilen Bereich Fähigkeiten zur schnellen Krisenreaktion, darunter die EU-Battlegroups und zivilen Krisenreaktionsteams.

Die Europäische Union ist heute mit ihren sicherheits- und –verteidigungspolitischen Instrumenten ein weltweit engagierter Akteur im internationalen Krisenmanagement. Die Nachhaltigkeit dieser Instrumente wird angesichts einer zunehmenden Zahl von Krisen, der Begrenztheit nationaler Mittel und der wachsenden Erwartungen an die Europäische Union immer bedeutsamer. Ein Beispiel für Herausforderungen von heute ist EULEX³ Kosovo - eine Polizei- und Rechtsstaatsmission, die im gesamten Kosovo die bislang durch UNMIK⁴ in den Bereichen Polizei, Justiz und Zoll wahrgenommenen Aufgaben übernommen hat. Sie trägt damit wesentlich zur Stabilisierung des Landes und zum Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen bei. Dies ist die erste exekutive und mit nahezu 2.000 Mitarbeitern auch die bisher größte zivile Mission der Europäischen Union. Ein weiteres Beispiel: Im Jahr 2006 halfen EU-Soldaten, den friedlichen Verlauf der ersten demokratischen Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo abzusichern. Und nicht zuletzt: Vor dem

¹ **ASEAN** (von [engl.](#) *Association of Southeast Asian Nations*) ist eine [internationale Organisation südostasiatischer Staaten](#) mit Sitz in [Jakarta \(Indonesien\)](#).

² **MERCOSUR** (portugiesisch: Mercosul, d.h. Mercado comum do Cone Sul) ist der Gemeinsamer Markt Südamerikas, ein Wirtschaftsverbund Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays sowie der beiden neuen Partnerländer Bolivien und Chile nach dem Vorbild der Europäischen Union.

³ Unter dem [Akronym EULEX](#) werden Rechtsstaatlichkeitsmissionen der [Europäischen Union](#) im Rahmen der [Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik \(GSVP\)](#) bezeichnet.

⁴ **UNMIK** ist die Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo, die vom Sicherheitsrat am 10. Juni 1999 (Resolution 1244) als UNO-Friedensmission für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau des Kosovo eingerichtet wurde. Sie soll die Provinz auf Wahlen und schließlich auf ihre Autonomie vorbereiten.



Horn von Afrika führt die Europäische Union ihre erste maritime Operation (ATALANTA⁵) durch, die der Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias dient. Die EU koordiniert diesen Einsatz sehr eng mit der NATO, den USA, Russland, aber auch Japan, mit den Ländern der Region und mit China.

Die Fähigkeiten der Europäischen Union sind bewusst komplementär angelegt zu denen der wichtigsten anderen Akteure im internationalen Krisenmanagement wie der NATO oder den Vereinten Nationen Organisation. Sie unterhält enge Arbeitsbeziehungen zu diesen Organisationen auf allen Ebenen, die kontinuierlich ausgebaut werden. Die strategische Partnerschaft mit der NATO ist und bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen der *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Europäische Union und NATO stehen nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich gegenseitig. Gemeinsam können sie ihre Sicherheit besser gewährleisten. Eine dynamische *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik* stärkt mit dem europäischen Pfeiler der Allianz zugleich die NATO als Ganzes. Die Europäische Union arbeitet zudem verstärkt mit regionalen Organisationen im Bereich des Krisenmanagements zusammen, um deren Befähigung zu stärken, ihrer Verantwortung in der jeweiligen Region besser gerecht zu werden.

Wie passt nun die Mongolei aus europäischer Perspektive in deren Partnerschaftsüberlegungen? Beide – die Mongolei und die Europäische Union – haben ein gleichermaßen großes Interesse, die gegenseitigen Beziehungen auszubauen und über die derzeit auf traditionelle Entwicklungshilfe gerichtete Zusammenarbeit hinaus zu erweitern. Aus europäischer Perspektive werden der reguläre Dialog und eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft dazu beitragen, dass sich gute Rahmenbedingungen für den Ausbau und die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Mongolei und Europa fortentwickeln.

Die gegenseitigen Beziehungen lassen sich bis in das Jahr 1989 zurückdatieren. Die Europäische Union ist inzwischen der drittgrößte Handelspartner der Mongolei. Umgekehrt reflektiert die Unterstützung der Mongolei durch die Europäische Union die Bedeutung, die diese der Mongolei beimisst, denn diese verfügt aus europäischer Perspektive über das Potenzial, nicht nur für Zentralasien ein Musterland zu werden. Entsprechend liegt der Europäischen Union viel daran, die positive Entwicklung nachhaltig zu unterstützen. Bereits seit dem Jahr 2005 wird aufgrund des neuen Allgemeinen Präferenzsystems (APS+) für fast alle Erzeugnisse aus der Mongolei zollfreier Zugang zum EU-Markt gewährt.

Seit im Jahr 2006 eine EU-Troika-Mission bestehend aus Ratsvorsitz, Kommission und Generalsekretariat erstmals das Land besuchte und die Europäische Kommission ein Technisches Büro in Ulaanbatar eröffnete, haben sich die Beziehungen Europäische Union - Mongolei mit besonderer Dynamik entwickelt. Im März 2007 wurde die neue Länderstrategie für den Zeitraum 2007-2013 vorgelegt, deren Schwerpunkt auf der ländlichen Entwicklung liegt. Am 27. Juli 2009 ermächtigte der Rat die Kommission, ein Partnerschafts- und Kooperationsrahmenabkommen mit der Mongolei auszuhandeln, das inzwischen am 20. Dezember 2010 in Ulaanbatar von beiden Seiten paraphiert wurde. Es umfasst die üblichen politischen Klauseln über die Menschenrechte, Massenvernichtungswaffen, den Internationalen Strafgerichtshof, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie die Terrorismusbekämpfung; es hat die Förderung der bilateralen, regionalen und internationalen Zusammenarbeit zum Ziel; es adressiert u.a. die Zusammenarbeit bei Grundsätzen, Normen und Standards, Rohstoffen, Migration, organisierter Kriminalität und Korruption, Industriepolitik und KMU,

⁵ Die **EU- Operation ATALANTA** ist eine multinationale Mission der Europäischen Union zum Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der freien Seefahrt und zur Bekämpfung der [Piraterie vor der Küste Somalias](#) am [Horn von Afrika](#) im [Golf von Aden](#) und bezeichnet gleichzeitig einen gemischten multinationalen Marineverband ([Flottille](#)). Die Mission ist die erste Marineoperation der EU.

Tourismus, Energie, Bildung und Kultur, Umwelt, Klimawandel und natürlichen Ressourcen, Landwirtschaft, Gesundheit, Zivilgesellschaft und Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung.

Aus Sicht der Europäischen Union bedeutet dieses Abkommen einen wichtigen Schritt zu einem stärkeren europäischen politischen und wirtschaftlichen Engagement in Ostasien. Es ist Grundlage für ein künftig noch effektiveres Engagement der Union und ihrer Mitgliedstaaten in der Mongolei in den Bereichen Entwicklung, Handel und Investitionen, Justiz, Freiheit und Sicherheit. Diese breit angelegte Zusammenarbeit sichert allen Vertragspartnern mit Blick auf Sicherheit und Prosperität ganz praktische Vorteile.

c. NATO

Das neue Strategische Konzept der NATO, das im November 2010 in Lissabon verabschiedet wurde, nennt *kooperative Sicherheit* als eine Kernaufgabe des Bündnisses und betont, dass Euro-Atlantische Sicherheit am besten durch ein globales Netzwerk von Partnerschaften und Organisationen gefördert werden kann. In Lissabon hat sich die NATO in ihr eigenes Pflichtenheft geschrieben, in Abstimmung mit allen Partnern eine wirksamere und flexiblere Partnerschaftspolitik zu entwickeln. Dieser Ansatz zielt im Schwerpunkt darauf

- die bisherigen Werkzeuge der NATO Partnerschaften daraufhin auszurichten, dass sie allen Aktivitäten und Übungen der Partner unterstützen und Partnerschaftsprogramme harmonisieren helfen;
- globale Partner besser einzubinden, die bedeutende Beiträge zur Sicherheit leisten;
- flexible Formate zu entwickeln, um bestehende Foren des politischen Dialoges zu stärken, auf denen sicherheitspolitische Herausforderungen mit Partnern diskutiert werden können;
- die Ausbildungsfähigkeiten der NATO zu verbessern und in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der Partner zu stärken, neue Fähigkeiten zu entwickeln.

Als Präsident Tsakhia Elbegdorj im Mai diesen Jahres eine NATO-Delegation unter der Leitung von James Appathurai, Deputy Assistant Secretary General for Security Cooperation and Partnership of NATO hier in Ulaanbatar begrüßen konnte, brachte er seine Freude darüber zum Ausdruck, dass derart hochrangige Vertreter der NATO die Mongolei besuchen. Er betonte, dass es ihm sehr wichtig sei, engere Beziehungen zum Atlantischen Bündnis zu entwickeln. Die Mongolei habe großes Interesse im Rahmen des globalen Partnerschafts-Programms der NATO ein individuelles Partnerschafts-Kooperationsprogramm mit der NATO zu vereinbaren. Im Gegenzug betonte James Appathurai dieses Treffens, dass die Mongolei das erste Land sei, das er mit seiner Delegation im Zuge der Implementierung des globalen NATO Partnerschaftsprogrammes besuche.

NATO-Partnerschaften waren – nicht zuletzt auch für das Atlantische Bündnis selbst – schon immer lohnende Investitionen. So war das Knüpfen eines engen Netzes von Partnerschaften mit Ländern und Institutionen innerhalb und außerhalb Europas eine der nachhaltigsten Leistungen der Atlantischen Allianz in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Anfangs von manchen vielleicht eher als Trostpflaster für die Länder verstanden, die nicht oder noch nicht in die NATO aufgenommen werden konnten, haben sich diese Partnerschaften längst zu einem bedeutenden Netz konkreter Zusammenarbeit entwickelt – von der Bekämpfung neuer Bedrohungen bis hin zu gemeinsamem militärischen Handeln.

Als das Bündnis ab Mitte der neunziger Jahre zum Beispiel Partnerschaften mit den zentralasiatischen Staaten Kirgistan, Usbekistan oder Turkmenistan einging, fragte mancher nach dem Zweck einer solchen Ver-

bindung. Als dann aber Jahre später die NATO ihr Engagement in Afghanistan begann, hatte sie keine Probleme, die Unterstützung dieser Länder in Gestalt von Basen oder Überflugrechten zu bekommen. Die Partnerschaften mit den südlichen Mittelmeeranrainern oder der Golf-Region schienen anfangs manchen kritischen Beobachtern sehr fragwürdig. Durch konkrete Zusammenarbeit gerade mit den Streitkräften dieser Länder gelang es demgegenüber Schritt für Schritt, das bis dahin überwiegend negative Bild der NATO in der arabischen Welt zu korrigieren. Heute unterstützen Länder wie Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar die NATO-Einsätze in Libyen.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist eine Vielfalt von NATO-Partnerschaften mit einer großen Zahl von Foren, Gremien und Unterorganisationen entstanden. Geografisch umfassten diese bislang drei Regionen:

- Ost- und Südosteuropa bis weit nach Zentralasien über das Forum Partnership for Peace;
- südlich des Mittelmeers bis zur Golf-Region über die Foren *Mittelmeerdialog* und *Istanbul-Kooperation-Initiative*;
- weltweit durch bilaterale Partnerschaften mit Ländern wie Australien, Japan und Südkorea.

Zusätzlich gibt es spezielle Partnerschaften mit Ländern wie Russland, Ukraine und Georgien sowie inhaltlich bezogene Partnerschaften, etwa mit Blick auf die gemeinsame Terrorismusbekämpfung. Weitere Partnerschaften unterschiedlicher Intensität bestehen mit internationalen Institutionen wie der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen. Nicht zuletzt hat die NATO ad-hoc-Partnerschaften mit den Ländern entwickelt, die das Bündnis in seinen Militäreinsätzen unterstützen; man trifft sich regelmäßig in den sogenannten *Contributors Forums*, um zu beraten, wie etwa in Afghanistan weiter vorgegangen werden soll.

Aus der bisherigen Erfahrung lässt sich feststellen: Die Zusammenarbeit mit den Streitkräften der Partner verläuft meist problemlos. Artikulieren aber Partnerländer Interesse an einer über das Militärische hinausgehenden Kooperation – beispielsweise Grenzkontrollen, Sprachausbildung oder den Aufbau von Polizeikräften –, erfolgt jedoch häufig von NATO-Mitgliedern der Einwand, die NATO möge sich doch auf ihr Kerngeschäft beschränken. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen strebt vor diesem Hintergrund eine grundlegende Neugestaltung der Partnerschaften an. Für ihn geht es dabei um drei Kernfragen:

1. Wie strukturiert man das Geflecht bislang existierender Partnerschaften? Welche Gremien und Formate sind sinnvoll und welche Aufgaben soll man ihnen zuordnen?
2. Wie geht man mit den Partnern um, die sich an den Militäraktionen der NATO beteiligen und die nicht notwendigerweise einem der traditionellen Partnerschaftsforen angehören? Welches Mitspracherecht gibt man ihnen, denn schließlich riskieren sie das Leben ihrer Soldaten, um Einsätze des Bündnisses zu unterstützen?
3. Wie weit soll das Partnerschaftskonzept geografisch reichen?

Was NATO-Generalsekretär Rasmussen wünscht, hat er auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2010 zum Ausdruck gebracht. Er möchte ein übergreifendes Partnerschaftsforum und forderte in München, dass sich die NATO zu einem *Drehkreuz* in einem weltweiten Netzwerk von Partnerschaften entwickeln solle. An einen solchen „*Hub of Security Partnerships*“ sollten Länder und Organisationen ähnlich wie die Speichen an einer Radnabe andocken können, um bei Bedarf gemeinsam zu handeln. Bei ihrem Treffen in Berlin am 15. April 2011 einigten sich die NATO-Außenminister darauf, eine neue Politik für eine effektivere und flexiblere Partnerschaft zu etablieren.



3. Neue Wege

Vernetzte Sicherheit will das Entstehen von Risiken und Bedrohungen durch präventive Maßnahmen verhindern. In einem ganzheitlichen Ansatz sollen zahlreiche interdependente bzw. zu vernetzende Kooperations- und Gestaltungsinstrumente zur Anwendung kommen. In diesem Kontext werden sich Partnerschaften Deutschlands, der Europäischen Union und der NATO mit zunehmender Intensität entwickeln. Im Grunde geht es dabei um die inhaltliche, konzeptionelle und nicht zuletzt auch – mit Blick auf die erforderliche Fähigkeit zum synergetischen Zusammenwirken – die technische Ausgestaltung der Zusammenarbeit bzw. des *Drehkreuzes*, wie es NATO Generalsekretär Rasmussen nennt. Um wie *die Speiche an eine Radnabe* der Europäischen Union, der NATO oder eines bzw. mehrerer ihrer Mitglieder andocken zu können, muss man

- Die Ziele der Partner teilen bzw. unterstützen;
- Ein Grundverständnis für den konzeptionellen Ansatz haben und diesen billigen;
- Über technische und prozedurale Interoperabilität verfügen, damit die eigenen Beiträge und Instrumente überhaupt eingebunden werden können.

Partner, die nur abgesondert bzw. grob koordiniert mitwirken können sind in den komplexen und dynamischen Einsatzszenaren modernen Krisenmanagements von geringem Nutzen. Die Trends multinationaler Einsätze gehen in Richtung enger Kooperation und sogar nahtloser Integration. Hierzu sind neue Wege zu gehen.

Vernetzte Operationsführung ist das wesentliche Instrument, um komplexe Sicherheits- und Schutzaufgaben, Notfälle der Inneren Sicherheit und Katastrophen sowie nicht zuletzt militärische Einsätze erfolgreich zu bewältigen – sei es national, sei es durch die Europäische Union, die NATO unter Einbindung verschiedenster Partner im Verbund der verschiedenen militärischen Kräfte und zivilen Organisationen im Rahmen einer Strategie der *Vernetzten Sicherheit*. Die Fähigkeit zur *vernetzten Operationsführung* setzt den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien voraus. Erst diese ermöglichen es, einem für einen spezifischen Auftrag in einem begrenzten Zeitraum zusammengestellten Verbund aus unterschiedlichen Kräften und Diensten schnell und agil sowie wirkungsvoll und wirtschaftlich zu vernetzen.

Vernetzte Informations- und Kommunikationstechnologien sind bei zivilen wie militärischen Sicherheitskräften mittlerweile auf allen Führungsebenen vorhanden. Sie ermöglichen als *wirkungsvolles taktisches Element* im Sinne des großen Strategen *Carl von Clausewitz* die *Überhöhung* als Voraussetzung der *besseren Übersicht*. Dieser *Übersicht* dient das *Gemeinsame Lagebild*. Es befähigt einen Kräfteverbund zu einer gemeinsamen Lagebeurteilung auf der Grundlage aktueller und gesicherter Informationen, zu einer fundierten Entscheidungsfindung und Entschlussfassung sowie zur zuverlässigen Kontrolle der daraus folgenden Aktionen.

Die verzugsarme, unterbrechungsfreie und umfassende Informationsversorgung aller Beteiligten ist die Grundlage für vernetztes Planen und Handeln. Sie ist Voraussetzung für Mensch und Organisation, die geforderten anspruchsvollen Managementleistungen zu erbringen. Sie verbessern durch ein ganzheitliches Informations-, Prozess- und Wissensmanagement auf Basis einer Intranet basierten Portal- und Kollaborationsplattform die Führungseffizienz der beteiligten Akteure und Entscheidungsträger nicht nur im Einsatz, sondern bereits im Vorfeld, indem durch vernetzte Kollaboration explizit vorhandene Informationen und Wissen bereitgestellt



sowie die Mitarbeiter zum impliziten Wissenstransfer und zur Zusammenarbeit unabhängig von Ort und Zeit befähigt werden.

Zur *vernetzten Operationsführung* im Verbund bedarf es heute nicht unbedingt neu zu entwickelnder Systeme oder anderer Funktionalitäten. Vielmehr geht es primär um die Installation und den Betrieb einer Informations-Drehscheibe zur Integration bestehender Systeme sowie zur Konsolidierung vorhandener Daten-Bestände. Im Grunde ist dies das technische Pendant zur inhaltlichen *Drehstuhl*-Forderung des NATO Generalsekretärs. Die Herausforderung von heute lautet, die auf dem Markt vorhandenen Technologien und Services derart nutzbar zu machen, dass damit schnell und agil eine Interoperabilität bestehender Systeme für die Durchführung von Aufträgen im Verbund hergestellt werden kann. Eine geeignete, ausgereifte und angemessene Führungs- und Steuerungsfähigkeit der operativen und strategischen Kommandoebene ist vergleichsweise leicht – quasi ad hoc – einzurichten, sicherzustellen und zu betreiben. Lediglich auf taktischer Ebene brauchen die quantitativen und zum Teil durchaus auch sehr anspruchsvollen spezifischen qualitativen Anforderungen sehr unterschiedlicher Spezialkräfte Zeit, Validierung und finanzielle Ressourcen zur Implementierung.

Vernetzte Sicherheit gründet auf einem gemeinsamen, konturen- und tiefenscharfen Lageverständnis und ist wissensbasiert. Die neuen Möglichkeiten der Vernetzung einer Vielzahl von Akteuren und damit Wissensträgern, die Erschließung und situationsgerechte Bereitstellung verfügbarer Daten, Informationen und Expertisen treffen sich in einem *gemeinsamen, rollenorientierten Lagebild*. Dieses visualisiert dann einerseits die erforderlichen kontinuierlichen Prozesse der rollenorientierten Informationssammlung, Informationsauswertung und Informationsverteilung. Andererseits visualisiert das Lagebild aber auch die eigentliche - informations- und kommunikationstechnologisch unterstützte - Führung, ist damit Grundlage für die Erarbeitung von Handlungsoptionen und deren Bewertung.

Hochmoderne, preiswerte und zugleich leistungsfähige Informations- und Kommunikationstechnologie in Verbindung mit Wissensmanagement, Modellbildung und Simulation sowie den Leistungen moderner Sensoren gestatten ein Lagebild zu generieren, das echtzeitnah Komplexität reduziert und qualitativ besseres Handeln mit einem wesentlich verkürzten Antwort-Zeit-Verhalten gestattet und vor allem die Einbindung ziviler Abstimmungspartner an operativen Entscheidungsprozessen wesentlich verbessert. Nicht nur politische Vorgaben, sondern darüber hinaus können auch profunde Erkenntnisse aus der Arbeit ziviler Akteure von der ersten Planung an einbezogen werden. Entscheidungen und Handlungen werden auf der Grundlage eines gemeinsamen Lageverständnisses getroffen und koordiniert umgesetzt.

Ein *gemeinsames, rollenorientiertes Lagebild* ist damit nicht nur Grundlage für das erforderliche gemeinsame Lageverständnis, es ist geradezu das Schlüsselinstrument zur Durchführung vernetzter Einsätze von zivilen und militärischen Kräften bzw. von Behörden und Organisationen öffentlicher Sicherheit, denn:

- es ermöglicht, schnell und kontinuierlich Lagefeststellung zu betreiben,
- es kann unverzüglich und rollenorientiert verteilt werden,
- mit seiner Hilfe lassen sich Handlungsalternativen schnell prüfen und bewerten,
- auf dieser Grundlage kann sich Führung auf eine zweckmäßige Orchestrierung/Synchronisierung der



Instrumente eigenen Handelns sowie eine integrierte Auftragsvergabe konzentrieren,

- lassen sich Führungsaufgaben wesentlich schneller durchführen,
- auf dieser Grundlage kann das Antwort-Zeit-Verhalten nachhaltig verbessert werden.

Daraus resultiert ein dreifacher Mehrwert:

- Ein konsistentes und kontinuierlich aktualisiertes Lagebild, gewonnen aus der systematischen Bündelung und Visualisierung des verfügbaren Wissens, differenziert nach Themen, Regionen und zeitlicher Dringlichkeit des Handelns, ermöglicht *Entscheidungsüberlegenheit*.
- Gestützt darauf können die verfügbaren Instrumente der Politik synergetisch miteinander verbunden werden. Zugleich kann das eigene Handlungstempo im Sinne der übergeordneten Absicht souverän gestaltet werden. Daraus resultiert *Führungsüberlegenheit*.
- Im Verbund führen Entscheidungs- und Führungsüberlegenheit zu *Wirkungsüberlegenheit*.

4. Verantwortungsbarn

Nicht nur die Bereitschaft, sondern mehr noch die Fähigkeit zum Wandel werden den Ausschlag dafür geben, ob Staaten wie die Mongolei und Deutschland, ob Staatengemeinschaften und Bündnisse wie die Europäische Union und die NATO für die sich verändernden Herausforderungen im gesamten Sicherheitsverbund nachhaltige Antworten finden. Diese Fähigkeit erfordert Zusammenarbeit – undogmatisch und grenzüberschreitend, interkulturell, zwischenbehördlich und interdisziplinär. Sie erfordert nicht unbedingt viel Geld, aber dafür dessen fokussierten Einsatz einschließlich moderner Technologien, Prozesse und Verfahren, vor allem jedoch den Mut zu neuem Denken.

Dorthin gelangen die Beteiligten in einem ebenso breit wie tief angelegten Dialog über die jeweiligen Selbstverständnisse der Akteure, die im *Sicherheitsverbund* zusammengefasst werden sollen – und zur Zielerreichung auch müssen. Noch liegen viele der jeweiligen Organisationsidentitäten soweit auseinander, dass eine zeitnahe Verzahnung ihrer Fähigkeiten mit den jeweiligen Selbstverständnissen nicht vereinbar erscheint. Hieraus resultiert die überragende Bedeutung der Aufgabe, eine gemeinsame Kultur der Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die synergetische Vernetzung von Wissen und Hochtechnologie bestimmt die Zukunft von Sicherheit und Prosperität – hier in der Mongolei, ebenso in Deutschland und Europa. Gemeinsame Verwundbarkeiten fordern dazu auf, auch gemeinsam Risiken abzuwägen, Informationen, Wissen und Zielsetzungen zu teilen, gemeinsame Strategien und kooperative Methoden sowie Verfahren zu entwickeln mit Blick auf Vernetzte Sicherheit und gemeinsames Wohlergehen.

Bei der Vorstellung der Verteidigungspolitischen Richtlinien am 18. Mai 2011 verdichtete Verteidigungsminister de Maizière seine Überlegungen zur Neuausrichtung der Bundeswehr in der Formulierung: *Wohlstand begründet Verantwortung*. Als eine große und wohlhabende Exportnation sieht Deutschland für sich eine besondere internationale Verantwortung, die sich nicht immer auf Diplomatie, Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Ver-



flechtung begrenzen kann und darf, sondern – wenn erforderlich – bereit und fähig ist, gemeinsam mit Freunden und Partnern zu handeln. Es wäre ein Gewinn für Deutschland und Europa, für Asien und die Welt, wenn die Mongolei mit ihrem zunehmenden Wohlstand und aus einer vergleichbaren Bewertung ein Verantwortungsnachbar für Deutschland und Europa, für Asien und die Welt sein könnte und wollte.

***Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Ansicht des Autors wieder.*